bnr.de
blick nach rechts

24. Jahrgang | 19 | 14. September 2007

Rechte Szene 2

Brauner Sumpf
Ein jetzt aufgeflogener V-Mann in Nordrhein-Westfalen scheint in erhebliche kriminelle Machenschaften verwickelt zu sein.

Militante „Kameraden“
Die NPD ist im niedersächsischen Wahlkampf auf die „Freien“ Nationalisten angewiesen – die ihrerseits pokern hoch.

Von Preußen nach Südtirol
Nachwuchsvertriebene verfügen über ein breites Spektrum an rechtsextremen Referenten.

„Young Fashion“-Mode
Ausgerechnet in einem von dem jüdischen Künstler Hundertwasser entworfenen Haus in Magdeburg hat sich ein rechtsextremer Laden eingenistet.

Ein Fest für Kinder
Die NPD will Partei des Friedens und der Völkerverständigung sein.

Verfassungsschutz 7

Schulterschluss vollzogen
In Thüringen gibt die NPD den Ton an.

Ausland 8

Schießtraining
Deutsche Rechtsextremisten profitieren von dem liberalen Waffenrecht der Schweiz.

Rezension 8

Rechtsextreme Kaderpartei
Erfolgsbedingungen und Aussichten der NPD.

Demokratische Initiativen 9

„Schule mit Courage“
Berliner Oberstufenzentrum setzt ein deutliches Zeichen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Als Paten wurden der SPD-Generalsekretär Hubertus Heil und der Schauspieler Georg Uecker gewonnen.

Seitenblick 10

Verleugneter Völkermord
Das Vernichtungsprogramm der Nazis schloss auch die Sinti und Roma mit ein.

Blick in die Zeitgeschichte 11

Leben? Oder Theater?
Im Jüdischen Museum in Berlin wird das Werk der in Auschwitz ermordeten Künstlerin Charlotte Salomon gezeigt.

Meldungen 12

Rechte Szene

Brauner Sumpf

Ein jetzt aufgeflogener V-Mann in Nordrhein-Westfalen scheint in erhebliche kriminelle Machenschaften verwickelt zu sein.

Es war eines der größten Rechtsrockkonzerte des Jahres 2004. Zwischen 1500 und 1800 Neonazis – darunter viele aus Deutschland – pilgerten am 11. Dezember 2004 zu einem „Blood&Honour"-Konzert in der Nähe von Antwerpen. Top-Bands der Szene wie „Razors Edge" und „Chingford Attack" aus England, „Kraftschlag" und „Race War" aus Deutschland standen auf der Bühne, dazu die „Weissen Wölfe", gegen die zu diesem Zeitpunkt bereits wegen Volksverhetzung ermittelt wurde. Wichtigster Organisator des braunen Events war der heute 27-jährige Neonazi Sebastian Seemann aus Lünen. Glaubt man Medienberichten, dann stand er schon damals als V-Mann auf der Gehaltsliste des NRW-Verfassungsschutzes. Jetzt, drei Jahre später, nachdem seine V-Mann-Existenz aufgeflogen und seine kriminellen Aktivitäten der letzten Jahre bekannt geworden sind, sorgt Seemann unfreiwillig für Schlagzeilen, nicht nur in nordrhein-westfälischen Medien. In Erklärungsnot geraten die Verfassungsschützer, aber aus ganz anderen Gründen auch jene Neonazis, die mit ihm jahrelang zusammenarbeiteten.

Am Rande eines Prozesses gegen Seemanns Freund Robin Sch. (22) war die Verbindung des 27-Jährigen zu den Verfassungsschützern im August bekannt geworden. Das Landgericht Dortmund hatte Sch., der zur örtlichen Neonaziszene gehört, zu acht Jahren Haft wegen eines Raubüberfalls verurteilt. Sch. hatte ausgesagt, Seemann habe ihn zu der Tat angestiftet und ihm auch die Waffe in die Hand gedrückt, mit der der 22-Jährige bei seinem Überfall auf einen Supermarkt einen 60-jährigen Kunden schwer verletzte. In die Dortmunder Prozessakten „gerutscht" waren offenbar auch Ermittlungsergebnisse der Bielefelder Polizei. Sie hatte im Zusammenhang mit möglichen Rauschgiftgeschäften von S. sein Telefon abgehört und dabei dessen Gespräche mit seinem V-Mann-Führer belauscht.

Eilig distanzierten sich die Dortmunder Neonazis von ihrem Kameraden. Die hatten mindestens einmal von Seemanns Konzertveranstalterdasein profitiert. Nach jenem Konzert in Belgien im Dezember 2004 hatte er seinen Dortmunder Kameraden geschrieben: „Wie ich ja schon vorher sagte, fließt der Erlös ohne Ausnahme wieder zurück in die Bewegung. Also in deutsche und belgische politische und m....... Widerstandsdivisionen." Die Formulierung „m....... Widerstandsdivisionen" darf getrost als „militante Widerstandsdivisionen" verstanden werden. S. damals weiter: „Da ihr meine Heimat-Division seid und ich weiß, dass das Geld bei euch gut eingesetzt wird, wird jetzt nach jeder Veranstaltung ein Teil des Erlös an die Kameradschaft Dortmund gehen." Doch nun wollen die Dortmunder Neonazis nichts mehr mit Seemann zu tun haben: „Politische Aktivisten haben sich schon vor Monaten von seiner Person und seinem Umfeld distanziert", erklärte der „Nationale Widerstand Dortmund" am 28. August. In der Erklärung wird dazu aufgerufen, „den Verräter sofort aus der Bewegung auszuschließen und den Kontakt zu ihm abzubrechen. Wer weiterhin mit den Verrätern Kontakt aufrecht hält, muss in Zukunft mit denselben Konsequenzen wie der Verräter selbst rechnen." Welche Konsequenzen gemeint sind, wird nicht verraten, nur dass Verräter „bedingungslos bekämpft" werden müssten.

Konzertveranstalterdasein

Erst mit jahrelanger Verspätung wollen Dortmunds Neonazis das Sündenregister des 27-Jährigen entdeckt haben: den Handel mit Rauschgift, die Zuhälterei, seine Neigung, in der Szene, aber auch darüber hinaus scharfe Waffen und Sprengstoff an den Mann bringen zu wollen. Und auch finanziell will man mit Ausnahme der schon früher öffentlich gewordenen „Spende" zum Jahreswechsel 2004/2005 von seiner Tätigkeit nicht profitiert haben: „Bis auf das erste ISD Memorial Konzert wurden durch die Einnahmen keine politisch aktiven Strukturen unterstützt", heißt es nun. Und ganz allgemein erklärt der „NW Dortmund" an anderer Stelle über ihn: „Er bewegte sich ausschließlich in der Musikszene." Beobachter der Neonaziszene im Ruhrgebiet wissen es besser und erinnern sich daran, dass Sebastian Seemann auch bei Demonstrationen mit von der Partie war und sich an Anti-Antifa-Aktionen in Dortmund beteiligte. In den Niederlanden soll er zudem an einer Gedenkfeier zum Hitler-Geburtstag teilgenommen haben. Seine Beiträge in einem Neonazi-Forum

pflegte er mit einem Goebbels-Zitat in der Signatur zu versehen: „Hass ist unser Gebet und Rache unser Feldgeschrei!“ Goebbels hatte mit diesen Worten kurz vor Kriegsende die Aufgabe der Werwolf-Gruppen umschrieben, die ohne Beschränkungen des Kriegsvölkerrechts gegen die Alliierten und kriegsmüde Deutsche kämpfen sollten.

Obwohl das Bild eines quasi unpolitischen und sich nur in der Musikszene tummelnden Neonazis nicht haltbar ist, bleibt richtig, dass Seemanns wichtigstes Betätigungsfeld die Organisation von größeren und kleineren Konzerten war. Die größeren fanden in Belgien statt. Nach dem Erfolg des Konzerts vom Dezember 2004 gehörte der Lünener in den Jahren 2005 und 2006 zu den Organisatoren von zwei weiteren „ISD Memorial“-Konzerten zu Ehren des 1993 bei einem Unfall ums Leben gekommenen Gründers von „Blood&Honour“, Ian Stuart Donaldson. Ob er auch noch in diesem Jahr in die Vorbereitung des „ISD Memorial“ am 1. September in den Niederlanden involviert war, bleibt offen. Die Veranstalter selbst bestritten dies in einer kurz vorher verbreiteten Stellungnahme. Der „National Widerstand Dortmund“ hingegen schreibt, er sei sehr wohl in die Planung einbezogen gewesen.

Rauschgifthandel und Raubüberfall

So oder so konnte es gar nicht ausbleiben, dass auch die Dortmunder Rechtsrock-Band „Oidoxie“, die regelmäßig bei Seemanns Konzerten auftrat, bei manchen Neonazis ins Zwielicht geriet. „Laut uns zugespielten Informationen“, so war auf Altermedia beispielsweise zu lesen, solle auch „Oidoxie“ von Seemanns kriminellen Aktivitäten Kenntnis gehabt haben: Ob die Bandmitglieder „jedoch auch weiter in die Machenschaften involviert waren ist ungewiss, allerdings gehen ‘Insider’ davon aus, dass sie zumindest Bescheid gewusst haben“. Oidoxie selbst gab sich hingegen unschuldig: Als man die Information über Seemanns V-Mann-Tätigkeit erhalten habe, „hat uns diese wie ein Messerstich ins Herz getroffen“. Schließlich sei er „mehr als 10 Jahre unser Kamerad und Freund gewesen“. Auch von dessen Rauschgifthandel wollen die Oidoxie-Leute nichts geahnt haben: „Dies war dann der 2. Stich ins Herz für uns... Wir haben dies weder toleriert noch davon gewusst!“ Doch die Überraschung und Ahnungslosigkeit nehmen viele in der Szene der Band nicht ab. Sollte es ihren Mitgliedern trotz der zehnjährigen Freund- und Kameradschaft beispielsweise entgangen sein, dass Seemann 2004 wegen Rauschgifthandels in 178 Fällen verurteilt wurde? Das mögen manche nicht glauben. Ein Diskussionsteilnehmer bei Altermedia: „Das Seemann mit Koks dealt, ist seit gut 4 Jahren (!) bekannt. Die Musikfraktion störte das wenig. Da verdiente sich nicht nur Seemann eine goldene Nase, sondern auch andere subversive Gestalten der Musik-Fraktion. Dass Seemann Nutten laufen hat und diese regelmäßig zusammenschlägt, ist auch seit gut einem Jahr bekannt. Die V-Mann-Frage stellte sich in Bezug auf S. auch schon seit mehreren Jahren. Wie immer interessierte es die ‚Führer’ des Musik-Geschäfts wenig. Da geht es um Kohle, nicht mehr nicht weniger.“ Insbesondere die Dortmunder „Musik-Fraktion“ müsse sich unangenehme Fragen stellen lassen.

Unangenehme Fragen muss sich aber auch das NRW-Innenministerium stellen lassen. Politiker von SPD und Grünen wollen wissen, wie der Verfassungsschutz mit kriminell gewordenen V-Leuten umgeht. Seemanns Vorstrafenregister ist in der Tat beachtlich: Handel mit Betäubungsmitteln, Körperverletzung, Nötigung, Verstöße gegen das Waffengesetz, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Insgesamt ist von rund 20 Eintragungen die Rede. Wissen wollen die Oppositionsabgeordneten auch, ob es stimmt, dass ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes tatsächlich seinen V-Mann vor den laufenden Ermittlungen der Bielefelder Staatsanwaltschaft wegen des Handelns mit Kokain gewarnt hat. Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen bisher unbekannte Mitarbeiter des Verfassungsschutzes wegen des Verdachts des Geheimnisverrats und der Strafvereitelung. Nicht bestätigt haben sich bislang Berichte, dass mit Sebastian Seemann nicht nur einer, sondern insgesamt ein Dutzend V-Leute im östlichen Ruhrgebiet und in Ostwestfalen aufgeflogen sind. Angebliche Listen mit den Namen von „Verrätern“, die diesen Berichten zufolge im Internet kursieren sollen, sind freilich bislang noch nicht bekannt geworden. Seemann sitzt derzeit wegen seiner Rauschgiftgeschäfte in Untersuchungshaft. Und die Dortmunder Staatsanwaltschaft hat gegen ihn ein weiteres Ermittlungsverfahren wegen der möglichen Anstiftung zu einem Raubüberfall eingeleitet.

Tomas Sager

Militante „Kameraden“

Die NPD ist im niedersächsischen Wahlkampf auf die „Freien“ Nationalisten angewiesen – die ihrerseits pokern hoch.

Ohne Unterstützung durch die Kameradschaftsszene hat die NPD in Niedersachsen keine Chance bei der Landtagswahl im Januar 2008. Das weiß auch Spitzenkandidat Andreas Molau aus Groß Denkte bei Wolfenbüttel, die Liste seiner Zugeständnisse an die Freien Nationalisten ist lang. So firmieren neben den üblichen NPD-Protagonisten beim Wahlkampfauftakt der NPD in Hannover am 15. September ausgerechnet Dieter Riefling und Christian Worch als Hauptredner.

Beide gelten als starke Kritiker der Partei und pflegten im Umgang bislang ein eher distanziertes Verhältnis. Worch und Riefling sind mehrfach verurteilt. Die Entscheidung für Riefling ist auch in den eigenen Reihen nicht unumstritten. In Internetforen gibt es hitzige Diskussionen darüber, denn der bekennende Nationalsozialist ist besonders angreifbar. Dieter Riefling schlägt in seinen Reden unverhältnismäßig harte Töne an, Gegnern droht er dabei unverhohlen mit Rache. Der Hildesheimer war Funktionär der verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) und „Politischer Organisationsleiter“ des ebenso verbotenen militanten Netzwerkes „Blood&Honour“.

Im Geheimen finden Strategietreffen zwischen niedersächsischer NPD und den Kameradschaften statt, um den Wahlkampf im Interesse beider Fraktionen vorzubereiten. Am 10. August traf sich Molau mit Vertretern der Freien Nationalisten des „Stammtisch Nord“ in Reppenstedt bei Lüneburg. Unter ihnen waren auch weitere ehemalige Aktivisten aus dem Umfeld von „Blood&Honour“.

Seit seiner Wahl zum Spitzenkandidaten beim NPD-Landesparteitag in Scharzfeld im April intensiviert Molau die zuvor eher als schleppend geltende Zusammenarbeit. Ohne die Unterstützung der Kameradschaftsszene kann die NPD in Niedersachsen keinen flächendeckenden Wahlkampf führen, es fehlt das Personal. Daher pokern die Anführer der Freien Nationalisten hoch. Zu den bisher vorgestellten Kandidaten in den einzelnen Wahlkreisen gehören junge Kameradschaftsanführer, wie Manuel Woitzak von der „AG Wiking“ in Wilhelmshaven oder Dennis Bührig von der „KS Celle“.

Um diesen neu gewonnenen Einfluss nicht zu verspielen, haben sich sogar bislang zerstrittene Fraktionen der Freien Nationalisten zur Kooperation verabredet. Christian Worch und Thomas Wulff bezeichnen sich inzwischen wieder gegenseitig als Kameraden. Das widerspenstige Aktionsbüro in Hamburg scheint gezähmt, seitdem Torben Klebe verstärkt im niedersächsischen Spektrum auftritt. Gewisse Arrangements sollen scheinbar über persönliche Animositäten hinweghelfen, die Strategie der Wählbarkeit greift jetzt auch im norddeutschen Raum. Dafür muss Ex-Waldorf-Lehrer Andreas Molau Abstriche machen, ein ausländerfeindlicher Themenschwerpunkt und die Kampagne „Sicher leben ohne Multikulti“ deuten darauf hin. Molau neigt ansonsten eher zu Themen im Bereich Sozial- und Stellenabbau, Landwirtschaft, Naturschutz, Erziehung oder Privatisierung der Bahn. Für Molau wird es kein leichtes Spiel, die Bestrebungen von Riefling, Worch und Co. mit dem eher gemäßigten Gebaren der einflussreichen niedersächsischen NPD-Funktionäre Ulrich Eigenfeld und Friedrich Preuß unter einen Hut zu bekommen.

Im neuen Wahlprogramm zur Landtagswahl stellt sich die NPD scheinheilig als „Partei für Recht und Ordnung“ dar. Sie wagt es sogar zu behaupten: „... dass von Nationaldemokraten keine Gewalt ausgeht“. Dabei sind zahlreiche der potenziellen NPD-Kandidaten aus dem militanten Umfeld oder bereits direkt mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Gegen Christian Fischer aus Vechta, Kandidat für den Wahlkreis Georgsmarienhütte, wird wegen Bildung einer bewaffneten Gruppe ermittelt. Bei einer Razzia gegen 26 Teilnehmer eines von ihm organisierten Wehrsport-Lagers waren nicht nur zahlreiche Waffen, sondern auch Pläne zum Bau einer Rohrbombe gefunden worden. NPD-Bewerber für den Wahlkreis Lüneburg ist Roman Greifenstein aus Munster. Er war bereits in den 90er Jahren beim „Stahlhelm – Kampfbund für Europa“ aktiv und nahm an Neonazi-Treffen im ehemaligen Schulungszentrum in Hetendorf teil. 1998 war Greifenstein an einem brutalen Überfall auf eine Party beteiligt und dafür zu einer Haftstrafe verurteilt worden. Bei Demonstrationen tritt der fanatische Neonazi im Umfeld der Kameradschaft „Snevern Jungs“ auf. Zu sechs Monaten Haft auf Bewährung wurde Carsten

Steckel, NPD-Funktionär aus Bad Lauterberg, im Mai vom Amtsgericht Herzberg verurteilt. Steckel will im Wahlkreis Göttingen antreten.

Auch Adolf Dammann und Martin Zaha, potenzielle Kandidaten für Buxtehude und Stade, waren im Februar dieses Jahres wegen Beleidigung beziehungsweise Körperverletzung zu Geldstrafen verurteilt worden. Über den NPD-Kandidaten im Bereich Schaumburg/Weserbergland schweigt sich die NPD dagegen noch aus. Dabei haben auch dort Gespräche zwischen Molau und der „Nationalen Offensive Schaumburg“ stattgefunden. Nur eine Verurteilung von Marcus Winter, dem ehemaligen NPD-Direktkandidaten und NOS-Anführer, zu neun Monaten Haft, ist noch nicht rechtskräftig. Es könnte daher die Möglichkeit bestehen, dass sich der vorbestrafte ehrgeizige Winter zum Zeitpunkt der Landtagswahl im Januar gerade in Haft befindet.

Andrea Röpke

Von Preußen nach Südtirol

Nachwuchsvertriebene verfügen über ein breites Spektrum an rechtsextremen Referenten.

Die Junge Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) um ihren Bundesvorsitzenden Christian Schaar (Weinheim) lädt zum fünften Mal zur so genannten „Andreas-Hofer-Wander- und Vortragswoche“ ein. Vom 29. September bis zum 6. Oktober sind in San Martino in Passiria (St. Martin in Passeier) Wanderungen, unter anderem zu aus dem Ersten Weltkrieg stammenden Stellungen, sowie Vortragsveranstaltungen mit Referenten aus Deutschland und Österreich geplant.

Angekündigt als Referent ist Stephan Roth (Zittau), Domaininhaber der revanchistischen „Aktion gegen das Vergessen“, mit dem Bericht „Der Prozess im Osten – Rückschau auf die Holzkreuz- und Plakataktionen in Schlesien 2003 – 2004“. Roth hatte am 8. Mai 2003 sowie im Mai und Juli 2004 zusammen mit Robert Göpfert und dem Görlitzer Stadtrat Jürgen Hösl-Daum mehrere antipolnische Aktionen durchgeführt und wurde dafür am 7. April 2006 vom Landgericht in Jelenia Gora zu acht Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Ende April 2007 war Roth bei einer von dem baden-württembergischen JLO-Funktionär Ingo Henn (Kißlegg) und von der Bundesvorsitzenden des Schutzbundes für das Deutsche Volk, Heilwig Holland (Ochsenhausen), organisierten Veranstaltung im oberschwäbischen Hochdorf aufgetreten. Heilwig Holland, Mitinitiatorin des „Hamburger Signals“ gegen die Bundesführung der Republikaner und Referentin bei der Gesellschaft für freie Publizistik (GfP), soll ihrerseits nun in Südtirol zum Thema „keine deutsche Zukunft ohne deutsche Kinder“ sprechen.

Auf dem Programm stehen wie im vergangenen Jahr (s. bnr 17/06) auch Vorträge von Otto Scrinzi und Richard Melisch. Vom „Faschismus in Südtirol – im Rückblick eines Zeitzeugen“ soll der Kärntner Scrinzi, ehemaliger SA-Sturmführer und früherer Südtirol-Sprecher der FPÖ, berichten. Der Wiener Richard Melisch, beliebter Referent bei der GfP, bei der NPD und der „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP)“, gibt seinem geplanten Auftritt bei der JLO den gleichen Titel wie seinem im August 2007 erschienenen letzten Buch: „Der letzte Akt – Kriegserklärung der Globalisierer“. Im Werbetext des im rechtsextremen Tübinger Hohenrain-Verlag verlegten Bandes heißt es: „Die Kriegserklärung liegt jetzt schriftlich vor. Die Betreiber der Welteroberung durch Globalisierung haben sich selbst enttarnt: Ihre Allianz von Pentagon und Wall Street ist so siegessicher, dass sie ihrem Chefstrategen, dem Clausewitz der Globalisierer erlaubte, sowohl ihre Welteroberungspläne als auch die dazu führenden Strategien zu veröffentlichen. Ihr terroristischer Feind ist ausgemacht: Es sind die Nationalen. Die Forderung der Globalisierer lautet deshalb klar und deutlich: 'Kill them!', 'Tötet Sie!'“

Vom 10. bis zum 12. August 2007 hatte zuletzt die „2. Preußische Akademie“ der JLO unter dem Motto „Quo vadis Preußen?“ stattgefunden. Im „Hof Petzold“, der JLO-eigenen Immobilie im sachsen-anhaltinischen Abberode, referierten vor cirka 30 Teilnehmern Götz Kubitschek, Andreas Molau, Eberhard Grünert, Björn Clemens und Franz Uhle-Wettler. Wie die NPD-Mitgliederzeitung „Deutsche Stimme“ in der September-Ausgabe berichtet, war Götz Kubitschek bei der „Preußischen Akademie“ wegen der Haltung der „Jungen Freiheit“ zur NPD unter anderem Vorwürfen von Seiten Andreas Molaus ausgesetzt.

Robert Andreasch

„Young Fashion"-Mode

Ausgerechnet in einem von dem jüdischen Künstler Hundertwasser entworfenen Haus in Magdeburg hat sich ein rechtsextremer Laden eingenistet.

Das letzte zu seinen Lebzeiten von dem Wiener Künstler Friedensreich Hundertwasser entworfene Gebäude, die „Grüne Zitadelle" in Magdeburg, ist ein bedeutender Touristenmagnet für die Stadt. Seit jüngster Zeit zieht das Haus auch ganz andere Besucher an, denn in den bunten Mauern hat sich ein Ladengeschäft angesiedelt, das ausschließlich Mode des Labels „Thor Steinar" verkauft, welche wiederum in der rechtsextremen Szene ausgesprochen beliebt ist. „Narvik" heißt der Laden und das sicher nicht von ungefähr. Heißt doch so auch eine Hafenstadt, die für den Export norwegischen Eisenerzes eine wesentliche Rolle spielte und die von Hitler-Truppen im Jahr 1940 nach einer Seeschlacht mit der britischen Flotte eingenommen und weitgehend zerstört wurde. Dass sich der rechte Szene-Laden ausgerechnet im Hundertwasserhaus angesiedelt hat, muss als besonders perfide angesehen werden. Waren Hundertwasser und seine Familie doch Verfolgte des Naziregimes, seine Mutter wurde ins Konzentrationslager verschleppt.

Die Vermieterin Gero AG, eine kommerzielle Tochter des Bistums Magdeburg, will angeblich zunächst nichts vom rechtsradikalen Hintergrund des Ladens und seines Sortiments gewusst haben. In den Mietverhandlungen sei das Kerngeschäft von Vertretern der Firma Uwe Meusel Factory GmbH im „Verkauf hochwertiger Mode im Young Fashion-Bereich" beschrieben worden, sagt Norbert Diehl vom Vorstand der Gero AG. „Während der gesamten Mietvertragsverhandlungen war die Marke 'Thor Steinar' niemals Gesprächsthema."

Erst drei Tage nach der Übergabe des Ladengeschäfts sei die Gero AG von anderen Gewerbemietern des Hundertwasserhauses darauf aufmerksam geworden, dass es sich bei dem von der Uwe Meusel Factory betriebenen Unternehmen um ein Geschäft mit rechtsextremem Hintergrund handeln soll. Die Gero AG sei diesen Hinweisen sofort nachgegangen. Das Landeskriminalamt habe auf telefonische Nachfrage mitgeteilt, dass es keinerlei Bedenken gegen die Meusel Factory gebe. „Erst unsere eigenen Internet-Recherchen haben dann ergeben, dass es sehr wohl vielfältige Hinweise auf einen rechtsradikalen Hintergrund der Firma gibt", sagt Diehl.

Noch am Tag der Eröffnung von „Narvik" erhielten die Ladenbetreiber eine außerordentliche fristlose Kündigung. Mit dieser Kündigung steht die Gero AG aber auf rechtlich wackeligem Grund, denn die Uwe Meusel Factory hat einen auf drei Jahre befristeten Vertrag. Und auf die Erfüllung dieses Vertrages wollen die Betreiber von „Narvik" notfalls durch alle gerichtlichen Instanzen pochen.

Regelmäßig finden seit der Eröffnung von „Narvik" Kundgebungen von Mitgliedern demokratischer Parteien, Kirchen und Initiativen vor dem Geschäft statt, das während dieser Zeit ebenso regelmäßig geschlossen ist. Hat der Laden geöffnet, wird er von mindestens zwei Mitgliedern der rechten Szene „bewacht". Unter diesen Türstehern befinden sich stadtbekannte und organisierte Neonazis. Einige von ihnen waren Mitglieder der Kameradschaft „Nationale Sozialisten Magdeburg" und sind jetzt in der NPD oder den Jungen Nationaldemokraten organsisiert. Die meiste Zeit sind zwei Vorstandsmitglieder des „Sport- und Freizeittreff e.V." als Bewacher des Ladens aktiv. Der Verein hat das Gebäude eines ehemaligen Drogeriemarktes im Norden der Stadt angemietet. In Anlehnung an die SS-Standarte 26, die einige Zeit in Magdeburg stationiert gewesen ist, heißt der Laden jetzt „S 26" und ist ein beliebter Neonazi-Treffpunkt.

Auch Angehörige des „SelbstSchutz Sachsen-Anhalt" (SS/SA) wurden als Objektschützer vor dem Neonazi-Geschäft im Hundertwasserhaus beobachtet. Die nach dem Führerprinzip aufgebaute Organisation wurde 1997 von dem aus Salzwedel stammenden Neonazi Mirko Appelt gegründet. Zu den selbst gesteckten Aufgabenbereichen des SS/SA gehören nach eigenen Angaben „Sicherheitstätigkeiten bei Konzerten, Demonstrationen und Saalveranstaltungen", aber auch Personenschutz, Objekt- und Geländeschutz. Die Neonazi-Ordnertruppe, die über vier Standortgruppen in Sachsen-Anhalt sowie je einer in Hannover und im sächsischen Delitzsch verfügt, hat nach Angaben des Verfassungsschutzes von Sachsen-Anhalt Veranstaltungen und Aufmärsche in ganz Deutschland und auch im europäischen Ausland abgesichert.

Eberhard Löblich

Ein Fest für Kinder

Die NPD will Partei des Friedens und der Völkerverständigung sein.

Am 2. September war es wieder soweit. Der NPD-Kreisverband Nordvorpommern führte in Stralsund sein jährliches Kinderfest durch. Es war bereits das sechste. Diesmal auch mit Vertretern der Schweriner Landtagsfraktion. So waren die NPD-Parlamentarier Stefan Köster mit Familie und Michael Andrejewski in die Sundstadt gereist. Auf einem verblichenen Transparent, das Motto der Veranstaltung: „Die Zukunft gehört unseren Kindern – also kümmern wir uns darum“. Das versuchte man und das kam an, bei den Stralsundern.

Teilweise tummelten sich etwa 150 bis 200 Personen auf dem städtischen Veranstaltungsgelände. Bei deutscher Schlagermusik konnten die Kleinen sich an diversen Ständen verlustieren. Und alles, wie die Moderatorin – die ihren Namen nicht nennen wollte – nicht müde wurde anzupreisen, natürlich kostenlos und gesponsert von der NPD. So bildeten sich denn auch lange Schlangen von Wartenden am Bratwurststand. Für die Kinder gab es mehrere Spielstationen und einen Malwettbewerb. Die Moderatorin selbst gab sich unpolitisch. Schließlich würde sie auch für die musikalische Umrahmung von Veranstaltungen anderer Parteien sorgen – wenn diese denn wollten. Die Irminsul am Halsband ihres Begleiters und das Kfz-Kennzeichen „...KK – 888“, verwiesen ihre Rede augenscheinlich ins Reich der Fabeln. Am Kuchenstand gab es ebenfalls gratis die NPD-Mitgliederzeitung „Deutsche Stimme“ und den „Ordnungsruf“, das Blatt der NPD-Landtagsfraktion.

Für die meisten der Besucher war es ein gelungener Nachmittag, denn endlich würde mal eine Partei tatsächlich etwas für die Kinder tun. Dass auch ausländische Mitbürger unter den Besuchern weilten, war für den Organisator und NPD-Kreischef Dirk Ahrendt kein Problem – jedenfalls solange wie sie sich nur über die deutsche Kultur informieren wollten. Denn schließlich sei die NPD die Partei des Friedens und der Völkerverständigung, so Ahrendt gegenüber Journalisten.

Thomas Niehoff

Verfassungsschutz

Schulterschluss vollzogen

In Thüringen gibt die NPD den Ton an.

Aus dem Verfassungsschutzbericht des Freistaates Thüringen ergibt sich eindeutig: In der rechtsextremen Szene gibt die NPD den Ton an. Sie hat aus dem neonazistischen Spektrum und von rechtsgerichteten Skinheads diverse Kräfte zu sich herüberholen können. Die für 2006 registrierte Mitgliederzahl der Partei liegt bei 380 (plus 140). Die Mitgliedszahlen für DVU, Republikaner, Deutsche Partei sind unbedeutend und rückläufig. Interessant ist dies bei der DVU, soll diese doch eigentlich laut Deutschland-Pakt zwischen NPD und DVU 2009 in Thüringen bei den Landtagswahlen kandidieren. Mit schwindender Basis in der Region wird dies aber immer unwahrscheinlicher. In gleichem Maße baut die NPD ihre kommunale Verankerung aus (13 Kreisverbände, drei Ortsvereine). Monatlich wird inzwischen die parteieigene Zeitung „Thüringen-Stimme“ verbreitet. Beim in Gera etablierten „Rock für Deutschland“-Konzert wurden im Vorjahr 600 Besucher gezählt. Vier feste Kameradschaften kennen die Verfassungsschützer, jeweils mit personeller Anbindung zur NPD. Überhaupt fällt auf, dass durch den Schulterschluss von Partei und freien Nationalisten das Durchschnittsalter der NPD-Führungsriege sehr jung ist. Das Alter liegt in der Regel unterhalb von 30 Jahren.

Umfangreich ist die rechtsextreme Musikszene. Gruppen wie „Eternal Bleeding“, „Brainwash“ (beide Altenburg), DNA, „Eugenik“, „Ostfront“, „Totenburg“ (alle Gera), „Celtic Dawn“ (Heldrungen), „Ehre & Stolz“ (Suhl), PAK 88 (Erfurt), SKD (Gotha), „Skuld“ (Eisfeld) oder „Unbeliebte Jungs“ (Sonneberg), aber auch Liedermacher Robert Stange alias Julimond (Gera) oder der Rudolstädter Veit (Kelterborn) sind nicht nur regional tätig. Überregionale Resonanz genießen auch das Fanzine „Ratatösk“ (Eisenach) beziehungsweise die Vertriebe und Versandfirmen W & B Records (Fretterode – Thorsten Heise) und Germania (Sondershausen – Patrick Weber). Beide genannten Aktivisten sind inzwischen auch in der NPD beheimatet.

Horst Freires

Ausland

Schießtraining

Deutsche Rechtsextremisten profitieren von dem liberalen Waffenrecht der Schweiz.

Am 4. August fand im linken Berner Kulturzentrum Reithalle ein gut besuchtes Antifakonzert statt. Doch es fand ein jähes Ende. Grund war ein verdächtiger Rucksack, der von aufmerksamen Besuchern in der Nähe des Mischpultes entdeckt worden war. Nur wenige Minuten, nachdem er aus der Halle ins Freie gebracht worden war, detonierte ein mit einem Zeitzünder versehener Brandsatz und führte zu einer über vier Meter hohen Stichflamme. Die Veranstalter entschieden, das Konzert vorzeitig abzubrechen und den Saal zu evakuieren. Das Ereignis fand in den Schweizer Medien viel Widerhall. Dort wurde betont, dass nur durch Zufall und Glück niemand zu Schaden kam. Die Medien sprachen von einer neuen Stufe rechter Gewalt. Denn bereits am 1. August explodierte bei der historischen Rütlifeier ein Sprengsatz, der allerdings ebenfalls keinen Schaden anrichtete. Auch hier werden die Täter in rechtsextremen Kreisen vermutet. Schließlich ist die Rütlifeier am 1. August seit Jahren ein wichtiger Mobilisierungstermin der rechten Szene in der Schweiz. Nach medienwirksamen Auftritten in den Jahren 2000 und 2005 wurde den Rechtsextremen seit 2006 der Zugang zur historischen Wiese mit großem Sicherheitsaufwand verwehrt.

Unterdessen wurde eine neue deutsch-schweizerische Kooperation in der rechten Szene bekannt. Der Nationalratskandidat der extrem rechten Schweizer Demokraten Roland Wagner hatte am 10. August 2007 im Schützenhaus Weidli bei Oberhof im Kanton Aargau ein Schießtraining für Timo Völkel und Daniela Übelacker organisiert. Völkel zählt nach Angaben der „Frankfurter Rundschau" zum harten Kern der Freien Kameradschaften im Rhein-Main-Gebiet. Übelacker gehört Erkenntnissen des Berliner Antifaschistischen Pressearchivs zufolge zum Nationalen Frauenkreis der NPD. Mit den Schießübungen in der Schweiz profitieren die Rechtsextremisten von dem liberalen Schweizer Waffenrecht. In Deutschland sind solche Schießübungen verboten.

Peter Nowak

Rezension

Rechtsextreme Kaderpartei

Erfolgsbedingungen und Aussichten der NPD.

Handelt es sich bei den jüngsten Wahlerfolgen der NPD um regional- und zeitbedingte Ausnahmen oder ist deren Etablierung als Wahlpartei eine absehbare und realistische Zukunftsperspektive? Diese Frage stellt sich der Politikwissenschaftler Marc Brandstetter in seiner Studie mit dem (verunglückten) Titel „Die NPD im 21. Jahrhundert". Brandstetter konzentriert sich zunächst auf die „alte" NPD der 1960er Jahre mit Ausführungen zu Entwicklung, Ideologie, Organisation und Wählerschaft. Gleiches unternimmt er anschließend für die „neue" NPD seit 1996, wobei auch der Bündnispolitik große Aufmerksamkeit gewidmet wird. Der Autor geht auf den NPD-Wahlerfolg in Sachsen 2004 ein und fragt nach der Integration in „die Mitte der lokalen Gesellschaft".

Brandstetter charakterisiert die Partei als eine rechtsextreme „Kaderpartei mit deutlichen neonationalsozialistischen Elementen" (S. 147). Durch national- und sozialrevolutionäre Einflüsse sei die NPD in die Nähe des Neonationalsozialismus gerückt, gleichwohl könne sie nicht vollständig in diesem Sinne klassifiziert werden. Für Sachsen spricht der Autor von einer durchaus bestehenden gesellschaftlichen Verankerung: „Die Parteifunktionäre haben Kontakt zu den Menschen und genießen deren Sympathie" (S. 137).

Die übersichtliche Gliederung und die ausführlichen Literaturhinweise machen das Buch zu einem nützlichen Handbuch. Außerdem liefert der Autor Material zu einem reizvollen Vergleich von „alter" und „neuer" NPD. Mitunter greift er auch daneben: „Antisemitismus spielt in der heutigen NPD keine herausragende Rolle" (S. 118). Und: „Trotzdem kann der NPD aber nicht unterstellt werden, ein totalitäres System errichten zu wollen" (S. 119). Gegen die letzte Aussage liefert Brandstetter selbst Material, die Erstgenannte ist schlicht falsch. *Armin Pfahl-Traughber*

Marc Brandstetter: Die NPD im 21. Jahrhundert. Eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten, Tectum-Verlag, Marburg 2006, 200 Seiten, 24,90 EUR.

Demokratische Initiativen

„Schule mit Courage“

Berliner Oberstufenzentrum setzt ein deutliches Zeichen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Als Paten wurden der SPD-Generalsekretär Hubertus Heil und der Schauspieler Georg Uecker gewonnen.

Diskriminierende Sprüche sind in der Gegend um die Wrangelstraße des Berliner Bezirks Kreuzberg oft zu hören: In dem durch viele verschiedene Ethnien und Religionszugehörigkeiten geprägten Gebiet werden Frauen ebenso Opfer verbaler Attacken wie Homosexuelle oder Menschen mit dunkler Hautfarbe. Ein deutliches Zeichen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Homophobie setzt seit Anfang September das Oberstufenzentrum Handel in der Kreuzberger Wrangelstraße: Die europaweit größte Schule erhielt den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR-SMC).

„Aktiv geworden ist die gymnasiale Oberstufe, die Abteilung V, der Schule“, erklärt Ingo Grastorf von der Landeskoordination Berlin bei SOR. Als Vorbereitung zur Titelverleihung veranstalteten die Pennäler/innen im Februar in Absprache mit SOR, aber ohne Lehrerbeteiligung einen Projekttag. Dabei setzten sie sich in Workshops mit unterschiedlichen Themen wie etwa dem Umgang mit Opfern rechter Gewalt, mit rechtsextremen Codes, aber auch mit Drogenprävention und dem Einsatz von Konfliktlotsen auseinander. Ingo Grastorf: „In der Lehrerschaft herrschte während der Vorbereitung eher Skepsis vor. Umso mehr waren sie von der großen Resonanz auf den Projekttag beeindruckt.“ Fortan arbeiteten Lehrer/innen und Schüler/innen gemeinsam an dem Vorhaben, Schule ohne Rassismus zu werden.

Bevor der begehrte Titel verliehen wird, müssen sich mindestens siebzig Prozent der Schüler per Unterschrift zu den Grundsätzen von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ bekennen. Dazu gehört die Verpflichtung, sich langfristig mit Aktionen und Projekten an der Schule gegen Gewalt, Diskriminierung und Rassismus zu engagieren. Außerdem ist den SOR-Anwärtern aufgetragen, einen oder auch mehrere Paten für ihr Vorhaben zu finden. Im Fall des Kreuzberger Oberstufenzentrums gewannen die Schüler/innen SPD-Generalsekretär Hubertus Heil sowie den Schauspieler und Comedian Georg Uecker als Paten.

Bei der offiziellen Auszeichnung der Schule Anfang September gelang es insbesondere Uecker mit einer sehr lebendigen und anschaulichen Rede, die nahezu 400 anwesenden Schüler/innen zu fortgesetztem Engagement zu ermuntern. Während es „schwachsinnig“ sei, auf etwas wie die eigene Nationalität „stolz“ zu sein, so der Schauspieler, hätten die Jugendlichen allen Grund zum Stolz auf ihr selbst erarbeitetes Projekt.

In Berlin ist das Oberstufenzentrum Handel die 17. Schule, die sich zu den Grundsätzen von „Schule ohne Rassismus“ bekennt, bundesweit gibt es derzeit 377 entsprechende Schulen. „Im Moment ist das Interesse an einer Aufnahme sehr stark“, sagt Ingo Grastorf. Die Berliner Thomas-Mann-Oberschule aus dem Märkischen Viertel etwa hat bereits die nötigen Unterschriften zusammen und ist derzeit auf der Suche nach einem Paten, zwei weitere Schulen in der Hauptstadt haben ebenfalls ihre Bewerbung gestartet.

Und auch in Brandenburg hat „Schule ohne Rassismus“ Anfang September Zuwachs bekommen: Als 25. Schule im Bundesland wurde das Georg-Mendheim-Oberstufenzentrum in Zehdenick mit dem Titel ausgezeichnet. Pate für dieses Projekt wurde der Fußballprofi Malik Fathi vom Bundesligisten Hertha BSC Berlin.

Die hauptamtlichen Koordinatoren bei „Schule ohne Rassismus“ sind hocherfreut über das rege Interesse. Ingo Grastorf: „Sicher gibt es immer Aufs und Abs, auch bei den bestehenden SOR-Schulen. Doch insgesamt stellen wir eine steigende Resonanz fest.“ Die Bundes- und Länderkoordinationen von SOR-SMC selbst sind derzeit materiell gesichert, müssen sich allerdings regelmäßig um Mittel aus öffentlichen und anderen Töpfen bewerben. Die Landeskoordination Berlin wird seit längerem aus dem Etat des Ausländerbeauftragten finanziert.

Gudrun Giese

Informationen: www.schule-ohne-rassismus.org

Seitenblick

Verleugneter Völkermord

Das Vernichtungsprogramm der Nazis schloss auch die Sinti und Roma mit ein.

Die Lage vieler Sinti und Roma in Osteuropa hat sich mit dem Beitritt zur EU kaum verbessert. Aus sechs Ländern waren kürzlich Roma-Delegationen nach Auschwitz gereist, um dort gegen einen riesigen Schweinemastbetrieb im tschechischen Lety zu protestieren. Auf dem Gelände befand sich während der NS-Zeit ein Konzentrationslager, in dem Roma interniert waren, ehe sie ins Gas von Auschwitz deportiert wurden. Die Roma verlangen seit vielen Jahren, den Mastbetrieb zu verlegen und dort eine Gedenkstätte einzurichten. Die EU will im kommenden Jahr eine Behörde zur Roma-Integration mit 70 Mitarbeitern bilden, die in ganz Tschechien aktiv werden sollen. Dies zeigt, wie dringend die Angelegenheit ist. Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Volker Beck beschrieb die Lage nach einem Besuch von Roma-Familien in der tschechischen und der slowakischen Republik so: „Mitten in Europa entstehen gegenwärtig Slums, wie wir sie aus Dritte-Welt-Ländern kennen."

Gerade die Bundesrepublik Deutschland hat allen Grund, sich an die Seite der „Zigeuner" zu stellen. Bis 1963 galt hier ein Urteil des Bundesgerichtshofs, das die Deportation von Sinti und Roma während der NS-Herrschaft als „präventive Verbrechensbekämpfung" interpretierte. Damit hatten die Sinti keinen Anspruch auf Entschädigung, obwohl nach den Juden auch die „Zigeuner" ermordet werden sollten. Das Vernichtungsprogramm konnte zum Glück nicht in vollem Umfang umgesetzt werden, weil das Naziregime vorher zusammenbrach. Die Nürnberger Rassengesetze von 1935 schlossen die „Zigeuner" ausdrücklich ein. Nach und nach wurden die deutschen Sinti als deutsche Staatsbürger ausgegrenzt.

Am 14. Dezember 1937 ordnete SS-Chef Heinrich Himmler an, in „polizeiliche Vorbeugungshaft" zu nehmen, „wer ohne Berufs- oder Gewohnheitsverbrecher zu sein, durch sein unsoziales Verhalten die Allgemeinheit gefährdet". Zu diesem Kreis gehörten „Bettler, Landstreicher (Zigeuner), Dirnen … ohne festen Wohnsitz". Unmittelbar nach dem Krieg gegen Polen Ende September 1939 kündigte SD-Chef Reinhardt Heydrich die Vertreibung von 30 000 „Zigeunern" aus Deutschland ins besetzte Polen an. Ein riesiger Verwaltungsapparat war damit beschäftigt, die deutschen Sinti in rassische Gruppen aufzuteilen, wobei Himmler und Heydrich bestimmten, welche Gruppe ermordet, welche sterilisiert, ins KZ verschleppt und welche leben durfte. Die Vernichtung begann Anfang 1943.

Am 26. Februar 1943 traf der erste „Zigeuner"-Transport in Auschwitz ein. In Birkenau wurde ein „Familienlager" eingerichtet, das den Häftlingen vorgaukeln sollte, nicht ermordet zu werden. Sie mussten Freunden und Verwandten schreiben, es gehe ihnen gut. Zwillinge kamen zu Versuchen in die Praxis des Lagerarztes Josef Mengele. Allein in Auschwitz wurden nach Schätzungen mindestens 20 000 Sinti und Roma umgebracht. Am 2. August 1944 starben bei der Auflösung des „Zigeunerlagers" 2897 Kinder, Frauen und Männer. In Polen ermordeten die Deutschen 25 000 „Zigeuner", in Frankreich die Besatzer um die 17 000, allerdings nicht im Mutterland, sondern in den deutschen Vernichtungslagern. Nicht anders war es in der Tschechoslowakei, in Ungarn, Rumänien, den baltischen Staaten, der Sowjetunion.

Dennoch wurde in vielen Staaten nach der Befreiung so getan, als habe es nie einen Völkermord an den Sinti und Roma gegeben. Erst seit 2001 gibt es in Auschwitz eine ständige Dauerausstellung über diesen Genozid. Bei der Eröffnung sagte der erste demokratische Außenminister der Republik Polen, Wladyslaw Bartoszewski, selbst Auschwitzhäftling: „Niemand, der bei gesundem Verstand ist, stellt heute den Holocaust am jüdischen Volk in Abrede. Dieses Bewusstsein hat sich in Bezug auf die Sinti und Roma leider noch nicht allgemein durchgesetzt." Ob die erwähnte EU-Behörde hier eine grundsätzliche Änderung erreichen wird, bleibt derzeit Spekulation. Verstöße wie in Tschechien dürfen nicht hingenommen werden. Tschechien übernimmt in Kürze die EU-Präsidentschaft. Dann wird zu fragen sein, was bis dahin in Lety geschehen ist. Vor 65 Jahren, am 14. September 1942, hat NS-Reichsjustizminister Otto Thierack in seinem Tagebuch festgehalten: „Hinsichtlich der Vernichtung asozialen Lebens steht Dr. Goebbels auf dem Standpunkt, dass Juden und Zigeuner schlechthin vernichtet werden sollten."

Heiner Lichtenstein

Blick in die Zeitgeschichte

Leben? Oder Theater?

Im Jüdischen Museum in Berlin wird das Werk der in Auschwitz ermordeten Künstlerin Charlotte Salomon gezeigt.

Eine erste und im Format den Originalen (32,5 mal 25 cm) am nächsten kommende Auswahl aus dem Bilderzyklus von Charlotte Salomon erschien 1963 unter dem Titel „Ein Tagebuch in Bildern, 1917 – 1943“. Sie umfasst 80 Blätter aus einem zwischen 1940 und 1942 entstandenen Bestand von insgesamt 1325 Gouachen und Transparentpapierblättern mit gemalten Texten. 800 der Blätter hat Charlotte Salomon noch selbst in eine bestimmte Reihenfolge gebracht und nummeriert. 277 davon sind bis zum 25. November 2007 im Jüdischen Museum Berlin zu sehen.

Betrachtete man das Werk damals – unter dem Eindruck des Tagebuchs der Anne Frank – lediglich als dokumentarisches Zeugnis, als eine tragische Autobiographie in Bildern im Schatten des Holocaust, so gerät seitdem doch mehr und mehr auch der Kunstcharakter der Bilderfolge und ihre ästhetische Dimension in den Blick. Als „Singespiel“ wollte Charlotte Salomon ihr Werk verstanden wissen, gegliedert in Vorspiel, Hauptteil und Nachwort, mit Melodien und Liedtexten unterlegt und in einer durchweg ironischen Grundhaltung geschrieben, die eine gewisse Distanz zu dem Dargestellten zeigt. Ein Familienroman in Bildern, zusammengesetzt aus biographischen und fiktiven Details, der in einer tiefen Lebenskrise entstanden ist, mit dem Charlotte Salomon sich buchstäblich neu erschafft: „Ich war meine Mutter, meine Großmutter, ja alle Personen, die vorkamen in meinem Stück, war ich selbst. Alle Wege lernte ich gehen und wurde ich selbst.“

Verblüffend und durchaus modern ist die Bildsprache, die sie für ihren Selbstausdruck findet. Expressive Farben als Träger psychischer Befindlichkeiten, eine an Film- und Comictechniken orientierte Darstellungsweise, vielfältige Verbindung von Bild- und Schriftelementen, Textblöcke, die wie Zwischentitel in Stummfilmen in die Handlung integriert sind – das sind einige der künstlerischen Mittel, die diese Bilderfülle gliedern und den Betrachter der Originale in den Bann ziehen. Die viel zu kleinen Abbildungen im Katalog vermitteln diesen Eindruck nur unzureichend.

Ein Familienroman in Bildern

Am Beginn der Bilderfolge steht der Selbstmord ihrer Tante im Jahre 1913, nach der Charlotte Salomon, 1917 in Berlin in einem großbürgerlichen und assimilierten jüdischen Haushalt geboren, genannt wurde. 1926 nimmt sich ihre Mutter das Leben, 1930 heiratet der Vater Albert Salomon, inzwischen Professor für Chirurgie, die gefeierte Sängerin Paula Lindberg, die nach Beginn der NS-Herrschaft nur noch in Konzerten des Kulturbundes deutscher Juden auftreten darf. Charlotte verlässt, bedrängt von der antisemitischen Umgebung, vorzeitig die Schule und nimmt Zeichenunterricht. Albert Salomon wird während des Pogroms am 9. November 1938 in das KZ Sachsenhausen verschleppt; nur mit Mühen kann später seine Freilassung erwirkt werden. Im Januar 1939 wird Charlotte zu den 1933 nach Südfrankreich emigrierten Großeltern geschickt, ihre Eltern entkommen im März mit falschen Papieren nach Amsterdam.

Der Selbstmord der Großmutter aus Angst vor den heranrückenden deutschen Truppen und die zeitweise Internierung zusammen mit dem Großvater im Lager Gurs führen zu einer psychischen Krise – „Lieber Gott, laß mich bloß nicht wahnsinnig werden.“, notiert sie, – aus der sich Charlotte Salomon durch die Kunst befreit. Sie heiratet am 17. Juni 1943 einen österreichischen Emigranten. Beide werden verhaftet, am 27. September nach Drancy verbracht und von dort am 9. Oktober nach Auschwitz deportiert. Charlotte, im fünften Monat schwanger, wird am Tag ihrer Ankunft ermordet; Albert und Paula Salomon, die überlebt haben, erhalten das Werk 1947 und stiften es 1971 dem Joods Historisch Museum in Amsterdam.

Theo Meier-Ewert

Jüdisches Museum Berlin, Lindenstr. 9-14, 10969 Berlin; bis 25. November 2007.

Charlotte Salomon, Leben? Oder Theater?, 431 Seiten, 860 Abbildungen, davon 835 in Farbe, München, Prestel Verlag 2007; im Museum 24,90 Euro.

Meldungen

„Anti-Islam-Partei“ pro NRW

Bonn – Die rechtspopulistische „Bürgerbewegung pro NRW“ hat sich am 9. September als Partei konstituiert. Über 200 Delegierte aus ganz Nordrhein-Westfalen hätten beim Gründungsparteitag in Bonn die Umwandlung zu einer „landesweiten Regionalpartei“ beschlossen, berichtete „pro NRW“. An die Spitze der neuen Partei wurde der Rechtsanwalt Markus Beisicht gewählt, der auch als Vorsitzender der „Bürgerbewegung pro Köln“ fungiert. Als Stellvertreter Beisichts wurden Kevin Gareth Hauer (Gelsenkirchen), Daniel Schöppe (Dormagen) Manfred Rouhs (Köln) und Dieter Danielzick (Troisdorf) gewählt. Markus Wiener, Angestellter der „pro Köln“-Fraktion, wurde Generalsekretär von „pro NRW“. Zu den Beisitzern im Vorstand zählt auch der Dortmunder Rechtsanwalt Andre Picker, der sich als Verteidiger von Neonazis einen Namen in der rechten Szene gemacht hat. Beisicht kündigte eine „Kampagne gegen Islamisierung“ an: „Pro NRW wird die Anti-Islam-Partei werden!“ Nach eigenen Angaben hat die neue Partei NRW-weit bereits jetzt über 30 kommunale Mandatsträger in ihren Reihen. (ts)

Völkisches „Tanzwochenende“

Schillingsfürst/Alzenau – Bereits im Juli hatte die „Leitstelle Süd“ der „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) in Alzenau in einem internen Schreiben zum „Tanzwochenende“ am 1. September 2007 in den Raum Mittelfranken eingeladen. „Heil Euch, Kameraden! Für alle die tanzen und für alle, die es noch lernen wollen, wird dieses Wochenende genau das richtige sein!“ Anmeldungen nahm Sigrun Rennicke, die 17-jährige Tochter des vorbestraften „nationalen Barden“ Frank Rennicke aus Ehningen entgegen. Zur „Leitstelle Süd“ gehören die HDJ-„Einheiten“ Schwaben, Franken und Hessen. In deren Reihen sind neben den hessischen NPD-Aktivisten Sven und Christine Ringmayer und deren Kinder, auch die Familien von Dirk Nahrath aus Miltenberg und Petra Müller aus Calw aktiv. Nahrath und Müller gehörten bereits zur 1994 verbotenen „Wiking-Jugend“. Die Schwerpunkte der Aktivitäten in Bayern liegen zur Zeit im Bereich Aschaffenburg und Ansbach. Regelmäßiger Teilnehmer an HDJ-Veranstaltungen ist aber auch der zeitweilige Bundesvorsitzende der Deutschen Partei, Ulrich Pätzold aus Deggendorf. Die süddeutschen HDJler beteiligten sich in großer Zahl auch am „Pfingstlager“ 2007 im niedersächsischen Eschede. Für das „Tanzwochenende“ im September wurden die weißen Alexzelte im Obstgarten des neueren Anwesens von Rennicke im Ortsteil Altengreuth von Schillingsfürst im Landkreis Ansbach aufgebaut. Die HDJ führt ihre Veranstaltungen im Verborgenen durch. So ist das weitläufige Gelände mit mehreren Gebäuden von der Straße kaum einsehbar. Friedrich Kugler, der die „Freundes- und Familienkreise“ der HDJ bis zu ihrer Selbstauflösung im Sommer leitete, beherbergte weitere Anhänger der völkisch-nationalistischen Truppe. (ar)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de